

Russland versucht, die Sachzwänge zu verstehen, denen Trump unterliegt

Während Moskau sich früher auf Verträge und „normales Verhalten“ stützte, setzt es nun auf Unberechenbarkeit, miteinander verbundene Fronten und ein Gleichgewicht der Bedrohungen.

15. August 2025 | Alastair Crooke

Eine weitere Verhandlungsrunde zwischen Trumps Gesandtem Steve Witkoff und der russischen Führung? Ein Treffen zwischen Witkoff und Präsident Putin steht nun unmittelbar bevor. Gleichzeitig war General Keith Kellogg in Kiew. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem Trumps sogenanntes „Ultimatum“ ausläuft – obwohl Trump selbst Zweifel daran äußert, ob die möglicherweise folgenden Sanktionen Putin überhaupt „stören“ würden.

Hat sich etwas geändert – abgesehen von Russlands [beschleunigten Vorstößen](#) entlang der gesamten Kontaktlinie?

In gewisser Weise hat sich nichts geändert. Die russische Position bleibt unverändert, wie sie von Präsident Putin am 14. Juni 2024 dargelegt wurde. Hat sich die Position der USA geändert? Nein.

Anfang dieses Monats schlug General Kellogg, Trumps „Vertrauter“, vor, dass die USA alle ihre ballistischen Raketen-U-Boote [einsetzen sollten](#), um zu sehen, ob Putin „blufft“. Da haben wir es also: Kellogg glaubt weiterhin, dass Putin „blufft“. Es scheint, dass die Kellogg-Fraktion im Team Trump einfach nicht hören oder verstehen kann, was Putin ihnen seit Juni 2024 sagt („die Ursachen sind entscheidend“).

Für Kellogg und Co. ist allein der Druck auf Putin das Mittel, um den Kellogg-Waffenstillstand zu erreichen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der Russischen Föderation, Grigory Karasin, ein hochrangiger russischer Unterhändler, hat die Situation sehr deutlich dargelegt: „Alle Emotionen, die derzeit den Medienraum beherrschen – mit all diesen Aussagen und Verweisen auf große Namen wie Trump – sollten gelassen aufgenommen werden“, sagte Karasin gegenüber [Izvestia](#):

Es wird Kontakte mit ihm [Witkoff] geben, die offenbaren werden, was die USA tatsächlich denken, nicht für die Öffentlichkeit – über die absolut destruktive Rolle, die derzeit die Länder der EU spielen, die das Zelensky-Regime streng kontrollieren. All das wird diskutiert werden. Ich glaube, dass wir nach diesen Kontakten zumindest alles Wesentliche wissen werden. Deshalb müssen wir geduldig und gelassen bleiben und emotionalen Reaktionen widerstehen.

Aus russischer Sicht scheint es darum zu gehen, das Rahmenwerk der Beschränkungen, innerhalb dessen Trump agiert, vollständig zu verstehen.

In diesem Zusammenhang der „Beschränkungen“ müssen Trumps Äußerungen darüber, dass zwei Atom-U-Boote der Ohio-Klasse „vor der Küste Russlands kreuzen“ sollen, verstanden werden.

Seine Äußerungen und die seines engen Beraters Kellogg zu U-Booten spiegeln eine falsche Einschätzung der Rolle von U-Booten für den Zweitschlag wider – sie müssen still und unentdeckt auf dem Meeresgrund liegen und dürfen keinesfalls offen zur Schau gestellt werden!

In Trumps Fall war seine alberne Bemerkung jedoch möglicherweise eher für die heimische Öffentlichkeit gedacht. Trump steht unter vielfältigem Druck. Er ist in die sich ausbreitenden Vorwürfe gegen Epstein verstrickt (und es sollen angeblich noch [weitere Enthüllungen](#) folgen). Und wie eine Reihe früherer US-Präsidenten ist er in der Falle Israels gefangen – sei es durch das Netz aus Spendern und Großkapitalinteressen oder, wie Clinton, durch skandalösere und schädlichere [Drohungen](#).

Die alte Garde der Republikaner unter der Führung von Mitch McConnell und Senator Graham wittert Schwäche und sieht eine Gelegenheit, die MAGA-Wählerschaft zu schwächen und die GOP von ihrer populistischen Blütezeit zu ihrer traditionellen „Country Club“-Einparteienführung zurückzuführen.

Ein einflussreicher Senatsausschuss hat – mit starker Unterstützung sowohl der Demokraten als auch von Trumps Parteikollegen aus den Reihen der Republikaner – [dafür gestimmt](#), einen Ausgabentwurf, der 1 Milliarde US-Dollar an Unterstützung für die Ukraine vorsieht, zur Abstimmung im Senat zu bringen, obwohl die Regierung den Kongress gebeten hatte, diese Mittel aus ihrem Verteidigungshaushaltsantrag zu streichen.

Unabhängig davon haben die republikanische Senatorin Murkowski und die Demokratin Shaheen, beide Mitglieder des Haushaltsausschusses, einen Gesetzentwurf vorgelegt, der der Ukraine in den nächsten zwei Jahren 54,6 Milliarden Dollar an Hilfe zur Verfügung stellen würde. (Der Gesetzentwurf von Murkowski und Shaheen steht vor einem harten Kampf, um Gesetz zu werden).

Trump hatte natürlich gegenüber seiner MAGA-Anhängerschaft versprochen, keine weiteren Mittel für den Krieg in der Ukraine bereitzustellen. Sollte die 1-Milliarde-Dollar-Maßnahme verabschiedet werden, werden seine MAGA-Anhänger – die bereits über die ihrer Meinung nach erfolgte Vertuschung des Epstein-Falls empört sind – sich erneut betrogen fühlen.

Kein Präsident kann es sich leisten, den Eindruck zu erwecken, dass er vom Kongress überrollt wird, schon gar nicht in Bezug auf ein wichtiges Wahlversprechen. Er (oder sie) muss versuchen, den Kongress zu dominieren und darf nicht zu dessen Handlanger werden – zumal es bei der Aufregung im Senat um Sanktionen vor allem darum geht, Trumps Weg zu einer strategischen Normalisierung der Beziehungen zu Russland zu blockieren.

Es könnte sein, dass Trumps Aussage zum „Teil-Einsatz“ daher eher für den „Effekt“ im Kongress gemacht wurde – um seine „harte“ Haltung gegenüber Russland zu betonen und anzudeuten, dass er über andere Instrumente als Sanktionen verfügt (denen er skeptisch gegenübersteht).

Das – die Ukraine-Krise – ist jedoch nicht das Ende von Trumps Problemen und seinen Fesseln. Das israelische „Judea“-Establishment (die Siedler, Messianiker) hat Witkoffs Versuche, den Völkermord und die Hungersnot der Bewohner Gazas zu stoppen, zurückgewiesen. Die Bilder der Hungersnot schaden Trump, der laut der hebräischen Zeitung Yedioth Ahronoth unter Berufung auf Quellen aus dem Umfeld Netanjahus behauptet, Trump habe grünes Licht für eine starke Militäroperation gegeben (solange die Verhandlungen in einer Sackgasse stecken). „Die Dinge steuern auf

eine vollständige Besetzung des Gazastreifens zu – und wenn das dem Stabschef nicht passt, soll er zurücktreten“, lautet der unverblümete Rat aus dem Umfeld Netanjahus.

Der Gaza-Krieg verändert die amerikanische Politik, insbesondere unter jungen Amerikanern (und [Europäern](#)). Trump [warnte](#) kürzlich einen jüdischen Spender, dass seine Anhänger „Israel hassen“ würden. Trumps Anhängerschaft zerfällt.

Nach massiven Gegenreaktionen auf die Kürzung der Notfallhilfen der Trump-Regierung für Städte und Bundesstaaten, die Israel boykottieren, sah sich das DHS gezwungen, sein Memo zu aktualisieren und das Verbot des Israel-Boykotts zu streichen. Die Anordnung gilt nun nur noch für DEI- und Einwanderungsverstöße. Die MAGA-Anhängerschaft sieht die „Israel First“-Politik zunehmend als Verrat an dem Wahlversprechen „America First“.

Laut der Analyse von Grigory Karasin sollten „die Kontakte mit Steve Witkoff die wahre Position der USA [ihre Zwänge und Grenzen] offenbaren, im Gegensatz zu den lautstarken Erklärungen des Weißen Hauses im Vorfeld des Ablaufs der „Lösungsfrist“ für den Ukraine-Konflikt – und der Einführung neuer antirussischer Sanktionen“.

Witkoff hingegen dürfte nach einer gewissen Flexibilität in der erklärten Position Russlands suchen und die Möglichkeit prüfen, Fristen für die Erzielung von Vereinbarungen mit Kiew zu setzen. Moskau unterstützt eine vierte Runde der Istanbul-Gespräche. Der Medienrummel und die Aufregung um das Raketen-U-Boot sind Teil der typischen Drucktaktik Trumps im Vorfeld von Verhandlungen.

Die Realität, die hinter diesem Rummel verborgen bleibt, ist jedoch, dass Trump nur wenige Karten hat, um den Druck auf Russland zu erhöhen (die Waffenvorräte sind erschöpft), und der Einsatz von Langstreckenraketen würde unter den MAGA-Anhängern zu lautstarken Protesten führen, dass Trump Amerika in den Dritten Weltkrieg führt.

Was Trump wirklich braucht, ist etwas, das ihn vor dem Druck des Senats schützt, der ihn mit endlosen Sanktionen und einer Eskalation der Finanzhilfen für die Ukraine zu belasten droht – etwas, das zumindest ein Ende des Konflikts innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens verspricht.

Ist das möglich? Zweifelhaft. Kiew scheint sich auf einem langsamen Weg in die Selbstzerstörung zu befinden. Es ist noch zu früh, um zu sehen, wer aus den Unruhen hervorgehen könnte.

Paradoxerweise hat Trumps Spott über die „Kreuzfahrt der Ohio-Klasse entlang der russischen Küste“ – obwohl absurd – Moskau den Vorwand geliefert, etwas vorzuschlagen, das schon lange auf Präsident Putins „Zeichentisch“ liegt:

Russland hat offiziell seinen Rückzug aus den selbst auferlegten Beschränkungen im Rahmen des Moratoriums für den Einsatz von Mittel- und Kurzstreckenraketen (INF-Vertrag) angekündigt und dies mit den Maßnahmen der USA begründet, die bereits vor langer Zeit ähnliche Systeme in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum stationiert und damit den Status quo verletzt haben. Zum ersten Mal weist Russland offiziell darauf hin, dass die Bedrohung durch amerikanische INF-Raketen nicht nur aus Europa, sondern auch aus dem asiatisch-pazifischen Raum kommt.

Auf der Ebene der formalen Logik ist die Aufhebung des Moratoriums für den Einsatz von INF-Raketen durch Moskau nichts anderes als eine symmetrische Reaktion auf die vorherige Eskalation

durch Washington. Auf einer tieferen Ebene reagiert Russland jedoch nicht nur, sondern schafft eine neue strategische Architektur ohne internationale Beschränkungen. Unter anderem verfügt es über die Serienproduktion des Oreshnik sowie über einen direkten Verbündeten, Nordkorea, im asiatisch-pazifischen Raum.

Dieser Paradigmenwechsel ist strategisch gedacht. Während Moskau früher auf Verträge und „normales Verhalten“ setzte, setzt es nun auf Unberechenbarkeit, miteinander verbundene Fronten und ein Gleichgewicht der Bedrohungen.